

# Sozialdemokratischer Pressediens

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408  
Telefon: (0228) 219038/39  
Telex: 0886846 pabr d

## Inhalt

Brigitte Traupe MdB, Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, gegen das "Hochfahren" von Rüstungsausgaben: Haushaltspolitiker haben eine besondere Verantwortung. Seite 1

Dr. Dieter Spöri MdB, Stellvertretender Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Finanzausschuß, zur Privatisierungskampagne der Koalition: Bundesbesitz wird "verschербelt". Seite 4

Dr. Alfred Emmerlich MdB, Stellvertretender Vorsitzender der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion und Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtswesen, begrüßt die Hamburger Initiative im Bundesrat: Schutz für vergewaltigte Frauen. Seite 5

Klaus Immer MdB, Mitglied des Bundestagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, konfrontiert die Worte des Bundesministers Kiechle mit dessen Taten: Hilfe für Großbauern. Seite 6

38. Jahrgang / 193

7. Oktober 1983

Gegen das "Hochfahren" der Rüstungsausgaben

-----  
Haushaltspolitiker dürfen sich nicht zu Lobbyisten der Waffenproduzenten machen lassen

Von Brigitte Traupe MdB  
Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages

Nur mit Entsetzen konnte man am 6. Oktober 1983 das Interview des CSU-Bundestagskollegen Dr. Klaus Rose im Deutschlandfunk zur Kenntnis nehmen. Der Passauer Abgeordnete sprach sich dabei unverblümt für die Lockerung des Rüstungsexports und vor allen Dingen für den Verkauf des Kampfpanzers Leopard II an Saudi-Arabien aus. So tief kann doch das Gewissen eines christlichen Politikers nicht sinken, wenn es darum geht, die Interessen einer großen Rüstungsfirma zu übernehmen!

Der Kollege Dr. Klaus Rose sei daran erinnert, daß wir leider zum Haushalt 1982 mit dem "Hochfahren" der Produktion des Leopard II für die Bundeswehr einen kardinalen Fehler machten. Als wir Sozialdemokraten darauf hinwiesen, daß der Kampfpanzertitel um mehr als 30 Prozent ansteigen sollte und dieses unweigerlich zur Ausweitung der Rüstungskapazitäten führen müßte, waren es gerade die bayrischen Kollegen, die dieses Argument vom Tisch wischten. Unsere Anregung, die Produktion des Leopard II etwas langsamer zu fahren und sie nicht zu schnell anlaufen zu lassen, wurde leider auch von der sozial-liberalen Bundesregierung nicht beachtet.

Anfang 1983 konnte man dann im Wirtschaftsteil der "Neuen Zürcher Zeitung" lesen, daß die zum Flick-Konzern gehörende Firma Krauss-Maffei gegenüber dem Geschäftsjahr 1981 für 1982 ein sehr viel besseres Gesamtergebnis präsentieren konnte. Allein der Umsatz im wehrtechnischen Bereich sei 1982 wiederum um 30 Prozent angestiegen!



Wer wirtschaftliche Zusammenhänge sehen will, weiß auch, daß die vorhandenen Kapazitäten damit wieder hochgefahren waren. Es überraschte dann auch nicht, daß schon bei den Haushaltsberatungen im Herbst 1982 - direkt nach dem Regierungswechsel - der Steuerexperte der CDU/CSU, Dr. Kreile, über den Finanzausschuß eine Lockerung des Rüstungsexports in das Haushaltsgesetz 1983 aufzunehmen versuchte. Allein der Wachsamkeit sozialdemokratischer Haushaltsausschußmitglieder war es zu verdanken, daß sich auch die Haushaltspolitiker von FDP und CDU/CSU diesem Petitum nicht anschlossen. Nun ist es ausgerechnet ein Haushaltspolitiker, der in schamloser Weise ohne Rücksichtnahme auf unsere historische Schuld gegenüber den Juden Waffenlieferungen an arabische Staaten befürwortet.

Ich bin kein Gegner Saudi-Arabiens. Die internationale Politik dieses Landes zeichnete sich sowohl im wirtschaftlichen als auch im allgemeinpolitischen Bereich im letzten Jahrzehnt durch ein hohes Maß an Besonnenheit aus. Ich bin auch kein Gegner moderner Militärtechnologie, da wir sie auch für die Bundeswehr brauchen. Es wäre jedoch ganz furchtbar und unverantwortlich, wenn eine schwierige wirtschaftliche Lage Mitglieder des Deutschen Bundestages oder gar die Regierungsmehrheit dazu verführen würde, so rücksichtslos wie andere Staaten Rüstungsgüter an Länder außerhalb der NATO zu liefern!

Deutsche sind mehr als andere nach zwei begonnenen und verlorenen Weltkriegen in diesem Jahrhundert dafür verantwortlich, daß es auf der Welt zu möglichst wenigen Kriegen kommt. Dem technologisch qualifizierten Unternehmen Krauss-Maffei, das Generalunternehmen des Leopard II ist, sei empfohlen, sich wie in früheren Jahren um seinen zivilen Produktionssektor zu kümmern und diesen nach Möglichkeit auf einen hohen internationalen Stand zu bringen.

Die Bundesrepublik hat die große Chance, in der Umweltechnologie die internationale Spitzenstellung zu erreichen. Wir Sozialdemokraten werden deshalb für den Haushalt 1984 im Etat des Verteidigungsministers Kürzungen in mehreren Hundert Millionen DM Höhe - gerade bei Rüstungsbeschaffungen - vorschlagen, um mit diesem Geld deutsche Industriebetriebe in ihrer Entwicklung und Forschung für zivile Sektoren zu fördern.



Haushaltspolitiker sollten mehr Weitsicht beweisen als der Kollege Dr. Rose dies getan hat. Sie sollten aufgrund ihrer besseren Kenntnis von finanziellen und wirtschaftspolitischen Zusammenhängen mithelfen, den Rüstungsexportwettbewerb für die Bundesrepublik nicht zuzulassen. Es kommt nicht von ungefähr, daß die deutsche Industrie im zivilen Bereich ihren hohen technologischen Standard halten konnte, weil die Bundesrepublik unter den Sozialdemokraten es vermieden hat, sich vor allen Dingen als internationaler Waffenschmied zu beweisen.

Für mich persönlich war das, was wir in der sozial-liberalen Koalition noch an Rüstungsexport zugelassen haben, schon viel zu weitgehend. Andererseits bejahe ich eine leistungsfähige Militärtechnologie in der Bundesrepublik Deutschland, um nicht allein von anderen abhängig zu werden.

Doch gerade jene Firmen, die modernste Militärtechnologie produzieren können, müßten auch in der Lage sein, ein hohes Maß ziviler Technologie zu liefern. Wenn Krauss-Maffei und andere dieses versäumt haben sollten, weil man durch den Staat sein Geld schneller verdienen konnte, dann wird es Zeit, daß das Land Bayern und seine politischen Repräsentanten dahingehend auf die Firma einwirken, beziehungsweise ihr Hilfestellung geben.

Wer immer noch nicht begriffen hat, daß uns die Zunahme der Rüstungsausgaben und das Hochfahren der Rüstungsproduktion nur ins Unglück stürzen werden, der muß in Kauf nehmen, daß wir ihn mit dem schönen bayrischen Wort "Depp" bezeichnen.

(-/7.10.1983/ks/rs)

+ . . . +



## Bundesbesitz wird "verscherbelt"

Von Stoltenberg bis Morlok: Die Privatisierungskampagne rollt

Von Dieter Spöri MdB

Stellvertretender Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Finanzausschuß

Die Bundesregierung hat mir auf eine mündliche Frage mitgeteilt: "Die Möglichkeiten einer Privatisierung von Bundesbeteiligungen werden sorgfältig geprüft." Auch wenn nach dieser Antwort des Bundesfinanzministeriums abschließende Entscheidungen noch nicht gefallen sind, ist bereits durchgesickert, daß die Privatisierungspläne zunächst bei der Lufthansa und VEBA ansetzen sollen. Kaum waren Stoltenbergs Pläne bekannt geworden, da wollte sich die FDP natürlich in Sachen Privatisierung nicht lumpen lassen. Der stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende Morlok forderte in Baden-Württemberg flugs den Verkauf der Beteiligungen an landeseigenen Banken und Energieunternehmen.

Der geplante Verkauf von Lufthansa- und VEBA-Anteilen auf Bundesebene stellt zwar nur die Spitze der Privatisierungskampagne dar, ist aber dennoch symptomatisch für die dabei verfolgte Strategie: Den privaten Interessen werden natürlich nur die Leckerbissen des Bundesvermögens offeriert. Ein Großteil des Verkaufserlöses fließt in den Bundeshaushalt, um dort die Steuergeschenkpoltik an die Wirtschaft zu erleichtern. Und selbst wenn ein Teil des Verkaufserlöses genutzt würde, um defizitäre Bundesunternehmen zu unterstützen, wäre ein negativer Struktureffekt auf den Unternehmensbesitz der öffentlichen Hand nicht zu verhindern. Wenn der Bund die am Aktienmarkt attraktiven Beteiligungen an zukunftssträchtigen Unternehmenssparten abstößt, bleibt logischerweise der strukturell problematische Restbestand an Unternehmen in Staatsbesitz zurück. Sanierungsversuche hin oder Geldspritzen her, zurück bleibt eine negative Strukturauswahl. Mittelfristig wird eine derartige Verkaufspolitik darauf hinauslaufen, daß die Beteiligungen des Bundes zunehmend defizitär werden.

Noch im letzten Berichtsjahr betragen die Einnahmen des Bundes aus Dividenden und Gewinnausschüttungen der industriellen Beteiligungen brutto immer noch 151 Millionen DM. Eine Verschlechterung der Beteiligungsstruktur des Bundes mit der logischen Folge einer ungünstigeren Ertragstendenz wird dann den Ausverkauf der Bundesbeteiligungen mit Sicherheit beschleunigen. Negative Ertragszahlen waren nach aller Erfahrung immer Wasser auf die Mühlen der Freunde platter Privatisierungsideologien. Neben der Trendwende in der Steuerpolitik sind Stoltenbergs Verkaufspläne ein kalkulierter ordnungspolitischer Schritt auf dem Weg zur Zurückdrängung des öffentlichen Korridors in der Wirtschaft.

Aber nicht nur das: Das Verscherbeln der attraktiven Leckerbissen aus dem Bundesbesitz läuft darauf hinaus, daß sich die privaten Vorteile beim Erwerb staatlicher Beteiligungen langfristig zu steigenden defizitären Belastungen und Risiken des Bundeshaushalts auswachsen. Die Nachteile dieser Entwicklung sind unübersehbar. Deshalb muß dem Ausverkauf der attraktiven Teile des Bundesvermögens entschieden entgegengetreten werden.

(-/7.10.1983/ks/rs)

+ + +



**Schutz für vergewaltigte Frauen**  
-----

**SPD begrüßt Hamburger Initiative im Bundestag**  
Von Dr. Alfred Emmerlich MdB

**Stellvertretender Vorsitzender der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion und  
Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtswesen**

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion begrüßt die Hamburger Initiative zum Schutz der Vergewaltigungs-Opfer, die zum Ziel hat, auch der Ehefrau bei Vergewaltigung durch den Ehepartner vollen Strafrechtsschutz zu gewähren und die Öffentlichkeit bei Gerichtsverfahren auf Antrag des Opfers auszuschließen. Der Schutz der Opfer von Straftaten war schon immer ein zentrales Anliegen sozialdemokratischer Rechtspolitik; erinnert sei nur an das Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten von 1976.

Die Opfer von Vergewaltigungen bedürfen der besonderen Fürsorge der Justiz, denn zu den Folgen der Straftat kommt häufig eine erhebliche seelische Belastung bei der Aufklärung der Straftat hinzu. Nicht selten haben die vergewaltigten Frauen das Gefühl, selbst "auf der Anklagebank zu sitzen".

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird deshalb darüber hinaus prüfen, ob diesen Frauen nicht ein Rechtsanwalt als Beistand kostenlos zur Seite gestellt werden kann. Damit hätte das Opfer eine Vertrauensperson, die seine Rechte wirkungsvoll wahrnehmen kann. Ferner werden wir die Innenminister auffordern, Polizeibeamte, die bei der Vernehmung der Frauen eingesetzt werden, besonders zu schulen. Gerade die polizeiliche Vernehmung erfordert ein verständnisvolles und vorurteilsfreies Eingehen auf die vergewaltigte Frau. (-/7.10.1983/ks/rs)

+ + +



Hilfe für Großbauern  
-----

Wie Bundesminister Klechle hält, was er nicht verspricht

Von Klaus Immer MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Die großen Bauern, besser Landwirte genannt, obwohl sie nicht nur Land bewirtschaften, sondern auch Milch zapfen, Schweine mästen, mit Grundstücken spekulieren und gewerbliche Nebenbetriebe aufbauen, lachen sich ins Fäustchen. Ihre Rechnung geht auf. Ihr Lieblingsminister, Bundesminister, wie man scherzhaft, aber nicht unberechtigt sagt "für Ernährung der Landwirtschaft", hält, was er nicht versprochen hat. Denn: Nach seinen Reden müßte er die kleinen bäuerlichen Betriebe schützen, fördern, entlasten. Aber, was er tut, ist das Gegenteil. Denn: Die Kleinen, ohnehin durch die Verarmungsstrategie der Rechtskoalition benachteiligt, müssen verhältnismäßig mehr für ihre Altersversorgung ausgeben, verlieren die Chance der Landabgaberechte, haben weniger von der Dieselkraftstoffrückvergütung als die Großen.

Was sind "Große"? Das sind Betriebe mit genügend Fläche, um jede Veredelungsproduktion aufzubauen, ohne steuerlich belastet zu werden; die eine Quotenregelung für die Milch-erzeugung nicht zu fürchten brauchen, weil ihre Bestände, dank eigenem Kapital und Förderung, vor Stichtag und Jahr voll in der Produktion stehen werden, die Zukauffuttermittel, wenn sie schon steuerlich oder abgabemäßig belastet werden, mit eigenen Bodenprodukten kompensieren können. Die anderen können sich eigentlich nur über Wasser halten, wenn sie mehr, als ihre Fläche gestattet, in die Veredelung ausweichen und notgedrungen Kraftfutter zukaufen müssen. Ihnen droht die Steuer und die Abgabe, und mangels Eigenkapital oder Fremdkapitaldeckung können sie nicht rechtzeitig Kapazitäten aufbauen, um in der Zukunft bestehen zu können. Da hilft auch kein Agrarkreditprogramm, das zwar groß angekündigt, aber im Haushalt 1984 nicht vorgesehen ist.

Im übrigen dürfen ältere Bauern nach dem Willen einer unheiligen Koalition zwischen CDU/CSU, FDP und Grünen in Zukunft über das Alter von 55 Jahren hinaus bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres weiterschufteln, auch wenn sie keinen Hoferben haben, weil die Landabgaberechte zum 31. Dezember 1983 gegen den Antrag der SPD im Ausschuß gestorben ist. Rette sich wer kann. Wer berechtigt ist, sollte die Chance noch bis zu diesem Termin nutzen.

Das Lippenbekenntnis von Klechle haben wir zwar bekommen, daß der Bundesausschuß für die Alterskasse der Landwirte nach dem Einkommen der Landwirte gerechter verteilt werden soll. Gleichwohl hat die Koalitionsmehrheit im Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten den Antrag der SPD abgelehnt, der die Bundesregierung auffordern sollte, endlich mit einem Gesetzentwurf zur Entlastung der kleinen Bauern überzukommen. Also auch hier leere Versprechungen. Klechle wird sogar, fürchte ich, in Kauf nehmen, daß ihm der Überschuß aus der nicht abgerufenen Dieselölverbiligung, sprich Mineralölsteuerrückzahlung für Landwirte in Höhe von circa 30 Millionen DM, vom Finanzminister gestrichen wird, ohne das dieser Betrag der Landwirtschaft zugute kommt. Bundeskanzler Kohl hat goldene Worte gesprochen auf dem Bauerntag in Freiburg:

Wann merken die Bauern eigentlich, daß solches Gold bei dieser Regierung die Eigenschaft hat, sich dann, wenn es in bare Münze geprägt werden soll, in Katzensgold oder leeres Blech zu verwandeln?  
(-/7.10.1983/ks/rs)

+ + +

